

INTEGRATIONSBUREAU
des EPD und EVD

777.752.1 - B/Kl/dm
Atom-Fusion

Bern, 28. Juli 1975

CA	FS	GL	ML	DP	AG	VS	ST				
				✓	✓		✓				

Schweizerische Mission
bei den Europäischen
Gemeinschaften

B r ü s s e l

Mission Suisse
29 JUL. 1975
Réf.: 7-19.5.0sd

Herr Botschafter,

Wir haben die Ehre, Ihnen einen vom Amt für Wissenschaft und Forschung in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbüro verfassten Vorentwurf eines Antrags des Eidg. Departements des Innern an den Bundesrat in Sachen Fusion zu übermitteln, dies mit der Bitte um Stellungnahme. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Wie Sie wissen, hat nach einem am 22.2.1973 abgehaltenen Informationsbesuch einer EURATOM-Delegation beim CRPP in Lausanne eine schweizerische Delegation unter Leitung des Unterzeichneten am 29.5.1974 in Brüssel an einer Explorationsrunde teilgenommen, deren Ergebnisse, zusammengefasst in den Notizen vom 18.6. und 4.11.1974, einige Probleme technologischer, patentrechtlicher, institutioneller und finanzieller Art unbeantwortet gelassen haben, da sich die Kommission zu ihnen nur nach Einholung eines Verhandlungsmandates zu äussern vermag.
2. Seither sind die Verhandlungen vornehmlich an der Innenfront weitergeführt worden, insofern es darum ging, die Finanzierungsquellen für die im einzelnen erst grob umrissenen Beitragsleistungen der Schweiz zu finden. Hierbei konnten zwei Kompromisse gefunden werden:
 - Die Finanzverwaltung, die nach wie vor kategorisch gegen das Projekt eingestellt ist, sofern zu dessen Finanzierung Kredite gesprochen werden müssen, die nicht durch eine Einsparung auf einem andern Gebiet zu kompensieren sind, hat sich lediglich

- 2 -

bereit erklärt, einer Mandatserteilung zuzustimmen, falls das Verhandlungsergebnis weder aus der Sicht der Kommission noch aus jener der öffentlichen Meinung dazu angetan ist, den Bundesrat unter "moralischen Druck" zu setzen, das Vertragswerk zu unterzeichnen.

- Die Privatwirtschaft will heute noch keine Finanzierungsverpflichtung eingehen, hat hingegen durchblicken lassen, dass nach Anlaufen des Programms eine teil- und zeitweise Beitragsleistung nicht ausgeschlossen sei.

3. In der Zwischenzeit hat die Schweizer Industrie auf eine Ausschreibung der EURATOM hin zwei Offerten, die für das Fusions-Programm bestimmt sind, eingereicht. Es handelt sich um eine Vacuum-Kammer der Firma Sulzer von 4 Mio. DM und um eine Fabrikationsstudie der Firma BBC in bezug auf die "Bobine poloidale" (zentrales Element des JET) von 100'000 Fr. Beide Offerten sollen um 25 % günstiger und qualitätsmässig besser sein als jene, die von EG-Konkurrenzfirmen eingereicht worden sind. Doch soll sie Direktor Palumbo abgelehnt haben, da die Schweiz am Fusions-Programm nicht teilnehme. Er hat sich jedoch gegenüber Herrn Meili bereit erklärt, die Offerten zu berücksichtigen, falls die Schweiz bis zum 3. September ihr Verhandlungsbegehren eingereicht habe. Wir haben ursprünglich die Möglichkeit erwogen, auf diplomatischem Wege einen persönlichen Brief Professor Hochstrassers an Direktor Palumbo zu senden, mit dem die Verhandlungsaufnahme in Aussicht gestellt wird. Angesichts der Tatsache, dass Palumbo seit heute in den Ferien weilt und uns eine Frist bis Anfang September gelassen hat, vor allem aber angesichts der stets noch negativen Haltung der Finanzverwaltung, scheint uns ein derartiges Vorgehen einerseits nicht mehr notwendig und andererseits zu riskant zu sein: Denn sollte EURATOM auf Grund des genannten Briefes die Offerten akzeptieren, worauf sich die Schweiz aus finanziellen Gründen dann doch nicht assoziiert, so hätte dies auf künftige Auftragsvergaben zweifellos eine kontraproduktive Wirkung. Unser ganzes An-

- 3 -

sinnen muss deshalb darauf gerichtet werden, die Finanzverwaltung dazu zu bringen, dem Antrag zuzustimmen.

5. Was die Verhandlungsführung betrifft, so sind wir bisher auf Grund der Bedingungen sine qua non der Finanzverwaltung davon ausgegangen, die Gespräche auf tiefstmöglichem Niveau durchzuführen, weil die Finanzverwaltung ihnen nur zustimmt, falls dem Bundesrat die völlige Entscheidungs- und letztlich Desavouierungsfreiheit belassen wird. Dieses Vorgehen stünde im Gegensatz zu jenem der Schweden, denen es darum ging, auf jeden Fall und möglichst schnell zu einem Arrangement zu gelangen. Wie wir Ihrem Telegramm vom 24.7.1975 entnehmen, haben Sie nun den Wunsch geäußert, dass die Gespräche in Analogie zu den schwedischen: auf Niveau Botschafter/Generaldirektor geführt werden. Wir möchten diesen Vorschlag, bevor wir ihn in den Antrag aufnehmen, dem (zur Zeit in den Ferien weilenden) Direktor der Handelsabteilung unterbreiten, weshalb wir zu einem späteren Zeitpunkt auf ihn zurückkommen werden.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

INTEGRATIONSBUREAU



(Franz Blankart)

Kopie mit Beilage:

- Herrn Direktor Jolles
- Herrn Botschafter Languetin
- Herrn Madöry

Kopie ohne Beilage:

- Amt für Wissenschaft und Forschung